



DPoIG im Gespräch mit Staatssekretär Dr. Helmut Teichmann und
Abteilungsleiterin Dagmar Busch

Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Erhöhung DUZ, Modernisierung der Rechtsgrundlagen für die Bundespolizei – Wie geht es nach den Bundestagswahlen im September weiter?



© DPoIG

> Dagmar Busch,
Dr. Helmut
Teichmann und
Heiko Teggatz
im BMI

Bereits zu Beginn des Gesprächs stellte StS Dr. Teichmann fest, dass sich die Gehälter der Polizeivollzugsbeamten in der Bun-

despolizei seit dem Jahr 2017 um mehr als 10 Prozent erhöht haben. Dieses sei den allgemeinen Einkommensentwicklungen und den Erhöhungen der Polizeizulage geschuldet.

BMI und DPoIG sind sich einig darüber, dass die Bundespolizei auch künftig im Vergleich zu den Polizeien der Länder ein attraktiver Arbeitgeber bleiben muss. „Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, eine Erhöhung der DUZ-Zahlungen sowie die Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit sind die Parameter für eine weiterhin gute Nachwuchswerbung“, betont der Vorsitzende der DPoIG

Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz. „Bei der Nachwuchswerbung interessiert in erster Linie, was tatsächlich im Geldbeutel landet!“, so Teggatz weiter.

Aufgaben von morgen können nicht mit Befugnissen von vorgestern erledigt werden!

Einigkeit bestand darüber, dass die Modernisierung der Rechtsgrundlagen für die Bundespolizei weiterhin eine große Priorität haben werden. Abteilungsleiterin Dagmar Busch machte in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich, wie wichtig es sei, der Bundespoli-

zei das nötige „Handwerkszeug“ an die Hand zu geben.

Abtretung von Schmerzensgeldansprüchen aufgrund ausländischer Gerichtsurteile!

Nicht selten geraten unsere Kolleginnen und Kollegen in Situationen, in denen sie durch das polizeiliche Gegenüber verletzt werden und anschließend Schmerzensgeldansprüche zugesprochen bekommen. Der § 78 a BBG setzt voraus, dass ein deutsches Gericht ein rechtskräftiges Urteil gesprochen haben muss, um einen erwirkten Anspruch an den Bund abtreten zu können. Kompliziert wird es dann, wenn solche Vorfälle, beispielsweise bei Rückführungen, im Ausland passieren. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft forderte bereits zu Beginn des Jahres 2020, diese Vorschrift dahingehend zu ändern, dass auch Urteile europäischer Gerichte anerkannt werden. Staatssekretär Dr. Teichmann sagte zu, eine unkomplizierte Lösung zu finden, die es betroffenen Beamtinnen und Beamten im Einzelfall ermöglicht, auch solche Ansprüche an den Bund abzutreten.

Alles in allem bleibt festzuhalten, dass das „Hausaufgabenheftchen“ für die nächste Legislaturperiode gut gefüllt ist. Das BMI sagt zu, so viel wie nur irgend möglich in die Koalitionsverhandlungen nach den Bundestagswahlen einfließen zu lassen. ■

Impressum:

Redaktion:
Dirk-Ulrich Lauer
Tel.: 0173.2663575
dirkulrich.lauer@dpolg-bpolg.de
Geschäftsstelle und Redaktion:
Seelower Str. 7
10439 Berlin
ISSN 0943-9463





Aufstieg gemäß § 18 BPollV

DPoIG: Wird der politische Wille bewusst ignoriert?

Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte im Juli 2019 entschieden, dass 2 000 PVB prüfungsfrei ein Amt der nächsthöheren Laufbahn übertragen werden soll, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Seither liegt es in der Verantwortung des BMI, das „Seehofer-Programm“ umzusetzen und den politischen Willen zu erfüllen.

Für das Jahr 2021 plant das Bundespolizeipräsidium 550 PHMz/PHM zu POK/PK zu ernennen. Voraussetzung hierfür sind freie Dienstposten mit der Wertigkeit A9g–11 BBesO. Rechnerisch ist dieses Ziel bundesweit ohne Probleme zu erreichen. Kompliziert wird es jedoch bei der Verteilung der

Möglichkeiten in die Bundespolizeidirektionen, der Bundespolizeiakademie und dem Bundespolizeipräsidium. Einige Bundespolizeidirektionen wollen deutlich weniger Möglichkeiten in Anspruch nehmen als rechnerisch möglich wären. Insgesamt lediglich 458. Begründet wird dieses teilweise mit fehlenden Dienstposten vor Ort oder mit strukturellen Problemen.

„Solche Argumente kann ich absolut nicht gelten lassen!“, mahnt der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz. „Für die Umsetzung dieses Programms wurde vereinbart, dass die freien Dienstposten zu den Leuten kom-

men, nicht umgekehrt!“, so Teggatz weiter.

Strukturelle Probleme könnten (wenn überhaupt) beim Bundespolizeipräsidium selbst, in der Bundesbereitschaftspolizei, der Bundespolizeiakademie oder den Spezialkräften der Bundespolizei entstehen.

„Diese eventuell auftretenden Probleme lassen sich organisatorisch mit einem Federstrich im ODP durch (ku-)Vermerke lösen“, so Teggatz. „Dass einige Direktionen weniger Möglichkeiten nutzen wollen als ihnen zustehen, macht einmal mehr deutlich, wie stiefmütterlich in einigen Bundespolizeidirektionen mit dieser Thematik umgegangen wird!“



Heiko Teggatz

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft wird die Verteilung der Möglichkeiten auf die Direktionen sehr genau im Auge behalten und notfalls politisch gegensteuern. In erster Linie vertrauen wir jedoch auf das Organisationsgeschick des Bundespolizeipräsidiums und gehen davon aus, dass hier entsprechende Lösungen gefunden werden, um tatsächlich den oben genannten politischen Willen vollumfänglich umzusetzen.

Bundespolizeiakademie

Erhöhte finanzielle Belastung unserer Anwärterinnen und Anwärter während der Corona-Pandemie!

Liebe Anwärterinnen, liebe Anwärter, liebe Studierende,

die Corona-Pandemie hat uns nunmehr seit mehr als 18 Monaten fest im Griff. Unterschiedlichste Vorschriften und Verordnungen der Länder haben nicht nur die Ausbildungsorganisation, sondern jeden einzelnen unserer Anwärterinnen und Anwärter vor ganz besonderen Herausforderungen gestellt. Der Ausfall von Präsenzunterricht, Kohortenbildung und Homeoffice hatten nicht selten auch eine erhebliche finanzielle Mehrbe-

lastung zur Folge. Sei es durch kurzfristige Anmietungen von Unterkünften oder erhöhten Reise- oder Fahrkosten.

Für euch ergeben sich nunmehr zwei Möglichkeiten:

1. Absetzung über die Einkommensteuererklärung

Der Gesetzgeber hat genau diese Phänomene erkannt und versucht eine finanzielle Entlastung über die Einkommensteuererklärung zu erreichen. So können beispielsweise Aufwendungen für Aus- und Fort-

bildungsmaßnahmen steuerlich geltend gemacht werden. Hierzu zählen neben den Fahrtkosten auch Aufwendungen für Übernachtungen sowie Verpflegungsmehraufwendungen. Darüber hinaus können pro Tag „Homeoffice“ 5 Euro pauschal bei der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden. Überschreiten die anzusetzenden Beträge den pauschalen Steuerfreibetrag (wovon auszugehen ist), reduziert sich das zu versteuernde Einkommen und es kommt zu nicht unerheblichen Erstattungen über die Einkommensteuererklärung.



2. Erstattung der nachgewiesenen (Mehr)kosten durch den Dienstherrn im EINZELFALL

In Einzelfällen (Härtefällen) hat das Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat mitgeteilt, zu prüfen, ob ausnahmsweise ein Zuschuss zu den nachgewiesenen Kosten gezahlt werden kann. Zuständig für die Bearbeitung eines solchen Antrages ist das Referat 73 im Bundespolizeipräsidium. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft geht momentan



davon aus, dass solchen Anträgen nur vereinzelt entsprochen wird. Dennoch möchten wir denjenigen, die diese besonderen Voraussetzungen erfüllen (Härtefälle), einen dementsprechenden (Muster-)Antrag an die Hand geben. Dem Musterantrag liegt ein elektronisch

unterstütztes Formular bei, welches bereits die dementsprechenden Erstattungsbeiträge enthält und als Excel-Tabelle auszufüllen ist.

Detailfragen zu diesen beiden Varianten könnt ihr sehr gerne mit unseren Ansprechpartnern

vor Ort in euren Dienststellen erörtern. Gerne helfen wir euch auch in dieser Angelegenheit.

Anträge und weitere Informationen haben wir unter folgendem Link zur Verfügung gestellt:

<https://www.dpolg-bundespolizei.de/aktuelles/news/erhoehte-finanzielle-belastung-unserer-anwaerterinnen-und-anwaerter-waehrend-der-corona-pandemie/>

Eure DPoIG
Bundespolizeigewerkschaft

Bezirksverband NRW

Zuwachs für die DPoIG-Polizeifamilie in Bielefeld!

Ortsverband gegründet

Am 21. Juli 2021 hat sich in der Außenstelle des AFZ Walsrode in Bielefeld der OV Bielefeld gegründet. Bei angenehmen Wetter wurde im Beisein des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Manuel Ostermann und des Vorsitzenden des BV NRW, Hauke Reetz, welche als Wahlvorstand fungierten, der Vorstand gewählt. Die beiden Funktionäre konnten Markus Hesse (Vorsitzender), Michael Dieck (1. stellvertretender Vorsitzender), Stephan Vogler (stellvertretender Vorsitzender), Kerstin Freiwald (Frauen-

beauftragte) sowie Markus Bramscher (Beauftragter AuF) zur Wahl im neuen Amt beglückwünschen. Weitere Funktionen werden nach Personalaufwuchs zeitnah gewählt. Nach der Wahl wurde in gemütlicher Runde bei Bratwurst und Getränken das neue „Familienmitglied“ gefeiert. Das neu gewählte Team blickt motiviert dem Wirkbetrieb im September entgegen.

Wir wünschen dem neuen Vorstand einen guten Start und eine erfolgreiche Zukunft. ■



> Hauke Reetz, Markus Hesse, Stephan Vogler, Markus Bramscher. Es fehlen Kerstin Freiwald und Michael Dieck. (von rechts)

Bezirksverband Berlin/Brandenburg Gabriele (Gaby) Köhler geht in Rente

Stets aufrichtig, gradlinig, offen, mit dem Blick für das Wesentliche ausgestattet, fleißig und



> Gaby Köhler

hilfsbereit. Das sind nur einige Adjektive, die das Berufsleben und die Person von Gabriele Köhler umschreiben. Sie hat niemandem nach dem Mund geredet oder sich „verbogen“, denn sie wusste, was sie kann und galt bei vielen als guter Ratgeberin.

Nach rund 48 Jahren Arbeitsleben nähert sich am 31. Juli 2021 offiziell ihr letzter Arbeitstag. In einer emotionalen Feierstunde in der Bundespolizeiinspektion Berlin-Hauptbahnhof verabschiedete Polizeidirektor Jan Henrik Minor im Beisein vieler Angehöriger der Inspektion Gabriele Köhler zunächst in den

noch ausstehenden Urlaub und dann in die Rente.

Auf Höhepunkte ihres Berufslebens angesprochen, überlegt sie nicht lange und nennt einige, von denen sie keinen hervorheben möchte. Beispielsweise die Tätigkeiten im Amt Frankfurt (Oder), im BMI, in Afghanistan und letztlich am Berliner Hauptbahnhof.

Über die Frage, ob sie denn nun nach so langem Arbeitsleben in ein Loch falle, muss sie denn doch schmunzeln: Bücher lesen, Rosen pflegen, Reisen, Garten, Schrebergarten und so weiter lassen keine Langeweile aufkommen.

Außerdem ist sie nach einer schweren Erkrankung zur Jahrtausendwende auch in kein Loch gefallen. Allerdings gab es schon den einen oder anderen wehmütigen Moment.

Für die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft war Gaby Köhler langjährige Ansprechpartnerin am Hauptbahnhof. Auch im Ehrenamt war sie ein Garant für Zuverlässigkeit und Treue. Für ihr Engagement und ihre Offenheit dankt die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Bezirksverband Berlin/Brandenburg, sehr herzlich und wünscht ihr und ihrem Mann alles Gute für die Zukunft. ■



Unterstützung für Marienthal Hochwasser 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz

Am 14. Juli 2021 änderte sich innerhalb von wenigen Stunden

die Lage hier zu bewältigen sind. Es ist ein materielles Trümmerfeld von unvorstellbaren Ausmaßen was ein noch viel größeres seelisches Leid bei den Betroffenen ausgelöst hat. Es sind in Deutschland 183 Tote (und 41 in Belgien) zu beklagen.



3 Generationen Trümmerfrauen

Anja, Vanessa und Kate Bertram

Die betroffenen Gebiete im Nordosten der Eifel liegen an der Ahr, am oberen Teil der Erft, der Netze (Mittelrhein), am Nitzbach, an der Rur

und ihren Nebenflüssen Inde, Merzbach, Vichtbach und Wurm. Häuser wurden unterspült und von den Fluten mitgerissen oder beschädigt. Straßen,

und ihren Nebenflüssen Inde, Merzbach, Vichtbach und Wurm.

Häuser wurden unterspült und von den Fluten mitgerissen oder beschädigt. Straßen,



14. Juli 2021

Plötzlich ist nichts mehr wie zuvor

Brücken und andere wichtige Infrastruktureinrichtungen wurden zerstört.

Das Hochwasser hat Umspannwerke erreicht, der Strom wurde abgestellt. 200 000 Menschen waren vom Stromausfall betroffen, dies teilweise bis zum 16. Juli 2021. In einigen betroffenen Gebieten gibt es noch immer keinen Strom oder nur über Notstromaggregate. Auch Mobilfunknetze und die Trinkwasserversorgung waren und sind in einigen Gebieten zusammengebrochen.

Schwere Schäden entstanden an der Bahninfrastruktur wie zum Beispiel an der Verbindung zwischen Köln-Gerolstein-Trier und der Ahrtalbahn.

Das Hochwasser ist gemessen an der Opferzahl die schwerste Naturkatastrophe in Deutschland seit der Sturmflut 1962.

Weitere Probleme gibt es nun auch bezüglich nachfolgender Umweltprobleme. Ausgelaufene Heizöltanks, Benzin und

Diesel aus Autowracks, Chemikalien aus Industrie- und Gewerbegebieten verursachen nun eine weitere Katastrophe. Müll und Schrot aus den zerstörten Gebäuden, Häusern und Fahrzeugen ist in einer Größenordnung angefallen, wie dies sonst in zwei Jahren anfällt.

Die Probleme vor Ort sind gigantisch. Viele Helferinnen



Und von einem Moment auf den Nächsten ist alles auf Null. Jetzt heißt es volle Kraft voraus in Richtung Zukunft.

Andreas Gilles

und Helfer haben in den betroffenen Gebieten mit angepackt und haben wirklich tolle Arbeit geleistet. Die

Marienthal? Da war doch was!

Wer nun denkt, er hat den Namen Marienthal schon mal gehört, dann ist das wahrscheinlich nicht aus der Luft gegriffen. Marienthal als Ort liegt direkt unterhalb des ehemaligen Regierungsbunkers „Marienthal“. Der Ausweichsitz der Bundesregierung hatte als Dienststellenbezeichnung „Dienststelle Marienthal“, den viele Kolleginnen und Kollegen noch in seiner „aktiven“ Zeit erleben durften.

Nach Ende des Kalten Krieges wurde die Anlage aus Kostengründen Ende der 1990er-Jahre stillgelegt. Nur wenige Jahre später wurde mit der vollständigen Entkernung fast der gesamten Anlage begonnen. Heute ist von dem teuersten Bauwerk der Bundesrepublik nur noch ein kleines Bunkerstück von 203 Meter Länge erhalten, das in das Museum „Dokumentationsstätte Regierungsbunker“ umfunktionierte wurde.



Weil wir nur gemeinsam stark sind, haben wir uns von Beginn an organisiert und schauen, wo im Dorf die Hilfe am nötigsten ist.

Hochwasserhilfe Marienthal e.V.



Wir helfen uns hier gegenseitig. Wenn es sein muss, auch beim Haarschneiden. #zusammenhalten

Organisationaler Fall mit Friseurin Lena

Hilfsbereitschaft und gegenseitige Unterstützung ist ein Lichtblick in dieser Katastrophe.

Wir, die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, unterstützen mit Spenden an die DPoIG-Stiftung die Betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit den Möglichkeiten der Stiftung. Spenden können weiterhin auf das Konto der DPoIG-Stiftung eingezahlt werden.

Wir wollen aber eine weitere Aktion vor Ort unterstützen und möchten einen Verein aus Marienthal/Ahr vorstellen. Dieser Verein wurde u. a. gegründet von unserem DPoIG-Mitglied Rolf Schmitt, der selbst von der Flutwelle betroffen ist. Rolf wohnt in Marienthal/Ahr.

Er konnte sich und seine Familie nur retten, indem alle ins Dachgeschoss „geflüchtet“ sind. Das Wasser stand bis circa 30 cm unter dem Dachgeschoss. Der komplette Hausrat ist den Fluten zum Opfer gefallen. Das Haus ist mittlerweile ein „Rohbau“. Es musste alles rausgerissen und entsorgt werden. Rolf ist Angehöriger der BPOLD 11 und seine Dienststelle ist der Standort in Swisttal. Er setzt sich schon seit Jahrzehnten als Vertreter in diversen Personalräten für die Interessen der Beschäftigten der Bundespolizei ein.

Nun ist Rolf selbst auf Hilfe angewiesen, genau wie die restliche Dorfgemeinschaft von Marienthal/Ahr. Aus diesem Grund hat er mit anderen



Ich halte hinten den Kasten sauber :-)
Es hat mich so gefreut zu sehen, dass auch Aufräumen ein Mannschaftssport ist!

Carina

© Hochwasserhilfe Marienthal e. V. (8)

den Verein Hochwasserhilfe Marienthal gegründet. Rolf hat den Vorsitz des Vereins übernommen und sorgt mit dem Vorstand nun für die Dorfgemeinschaft. Jeder Euro der gespendet wird, geht direkt in die Ortschaft Marienthal/Ahr. Es gibt keine Zwischeninstanzen, sondern die Hilfe kommt unmittelbar bei den Betroffenen an. Wir würden uns über eine große Spendenbereitschaft freuen.

„Wir standen unter Schock und waren verzweifelt. Wir waren aber auch zuversichtlich und voller Energie, beflügelt von unendlich großer Hilfe der zahllosen freiwilligen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die einfach angepackt und losgelegt haben, weil sie keinen Zweifel zugelassen haben, ob das alles einen Sinn ergibt. Denn es ergibt so viel Sinn. Das Dorf ist unser Zuhause und wir bauen es wieder auf. Gemeinsam haben wir bis heute schon viel geschafft, haben aufeinander geachtet, zugehört, uns gegenseitig Mut gemacht. Wir sind daran gewachsen“, so die Hochwasserhilfe Marienthal.

„Aber wir haben auch noch viel vor uns und sind auf weitere Hilfe und Unterstützung angewiesen. Sowohl vor Ort als auch finanziell. Im Dorf hat beispielsweise keine Heizung überlebt. Derzeit erarbeiten wir ein Konzept, um in eine gemeinsame Lösung zum Heizen unserer Häuser zu investieren. Das wird ein Kraftakt und dafür brauchen wir vor allem finanzielle Hilfe. Das ist nur ein Beispiel dafür, vor welchen Herausforderungen wir alle in Marienthal stehen“, beschreibt die Hochwasserhilfe die Situation.

„Für die geleistete Hilfe, die wir bereits erfahren durften, sind wir unendlich dankbar. Wir werden es sicher erst nach einiger Zeit so richtig begreifen. Wir freuen uns, wenn Sie und ihr weiter auf uns aufmerksam macht und dafür sorgt, dass wir nicht vergessen werden. Die Tragödie ist nicht vorbei, wenn sie nicht mehr in den Nachrichten kommt.“

Ohne die umfangreiche Hilfe hätten wir es nicht geschafft, so viel ist sicher. Dafür können wir nicht oft genug „Danke“ sagen. „Danke.“

Die Hochwasserhilfe Marienthal e. V.

**HOCHWASSERHILFE
MARIENTHAL E.V.**

**WIR BITTEN UM
IHRE UNTERSTÜTZUNG**

KONTO
IBAN DE92 3705 0198 1935 9558 96

E-MAIL
HOCHWASSERHILFE-MARIENTHAL-AHR@GMX.DE



Jubiläumsjahr 2021 für die DPoIG

70 Jahre Bundesgrenzschutzverband (BGV) und DPoIG – 10 Jahre DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

Die historischen Wurzeln der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bilden die beiden eigenständigen Gewerkschaften Bundespolizeigewerkschaft bgv und der DPoIG, Fachverband Bundespolizei.

Der bgv (Bundesgrenzschutzverband e. V.) wurde mit Unterstützung des damaligen Bundesinnenministers Robert Lehr am 6. November 1951 in Goslar als Interessenvertretung für die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes gegründet.

In den Auftaktjahren ist der bgv als gewerkschaftliche Vertretung für den Bundesgrenzschutz (BGS) weitestgehend konkurrenzlos. Der bgv bekräftigt als Ziel, das Berufsbeamtentum für alle Polizisten im BGS zu erreichen. 1955 lobt Bundesinnenminister Gerhard Schröder besonders die schöpferische Arbeit des Verbandes. Dieser fordert seinerseits eine Klarstellung der Rechtsstellung für die Verwaltungsbeamten im BGS und eine frühere Altersgrenze für die Polizisten. Im gleichen Jahr findet der bgv seinen korporativen Anschluss an den Deutschen Beamtenbund (dbb). Bis 1977 sehen Mitbewerber im Bundesgrenzschutz keine Polizei, sondern vielmehr eine paramilitärische Truppe. Es geht sogar so weit, dass das damalige BGS-Gesetz als verfassungswidrig angesehen und die Auflösung gefordert wird.

Der bgv nimmt seit 1976 neben den Beamten auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf. Seit dem 8. Dezember 1969 ist er bereits der „Ge-

meinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes“ (GGVöD) angeschlossen. Am 8. November 1999 wird die GGVöD in dbb Tarifunion umbenannt.

Am 20. Februar 1990 findet der erste bundesweite Delegiertentag des Fachverbandes Bundespolizei der DPoIG in Lübeck statt. Zum Bundesvorsitzenden wird der Gründer Hans-Joachim Zastrow gewählt. Nach der Vereinsgründung im Jahr 1988 schließt sich der Fachverband zunächst dem DPoIG-Landesverband Schleswig-Holstein an. Nach umfangreichen Verhandlungen zwischen dem dbb beamtenbund und tarifunion und der Deutschen Polizeigewerkschaft kann der Fachverband Bundespolizei als juristisch eigenständiger Verein Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft werden. Neben den satzungsgemäßen Vorgaben verfolgt der Fachverband vom ersten Tag an das Ziel, innerhalb des Deutschen Beamtenbundes (dbb) die gewerkschaftliche Vertretung der Beschäftigten in den Länderpolizeien und im Bund in der DPoIG als eine starke gemeinsame Polizeigewerkschaft zusammenzuführen.

Von den Beschäftigten im Bundesgrenzschutz, später Bundespolizei wird dieses Konzept mit der Kraft einer großen Gewerkschaft angenommen. Schon in den nachfolgenden Personalratswahlen werden Kandidatinnen und Kandidaten des DPoIG-Fachverbandes Bundespolizei in zahlreiche Personalräte ge-



> Verbandstagung in Coburg von 1957, Redner Wilhelm Schulze

wählt. Auch im Hauptpersonalrat und in Bezirkspersonalräten ist der Fachverband seitdem vertreten.

Zwischen Dezember 1989 und Januar 1990 kommt es zu Wahlen von Vertretern im DDR-Grenzschutz. Sie fungieren als Interessenvertreter für die Grenztruppen der DDR und stehen von Anfang an in engem Kontakt mit dem bgv in der Bundesrepublik. Auf dem ersten Verbandstag vom 19. bis 20. Februar 1990 in Suhl nehmen mehrere Vertreter des bgv teil, die von den Delegierten mit frenetischem Beifall empfangen werden. Am 20. Februar 1990 gründen die 76 Delegierten unter den Augen ihrer Gäste aus dem bgv den unabhängigen „Grenzschutzbund der DDR“.

Die Verschmelzung erfolgt dann viel schneller als ursprünglich angenommen, nämlich auf der Vereinigungstagung am 31. Oktober und 1. November 1990 in Kassel. Der Grenzschutzbund der ehemaligen DDR-Grenztruppen und der bgv des BGS schließen sich zur Gewerkschaft der Bundespoli-

zei zusammen. Diese heißt auch weiterhin Bundesgrenzschutzverband (bgv). Mitbewerber lehnen anfangs die Aufnahme von Angehörigen der ehemaligen Grenztruppen in Polizeigewerkschaften grundsätzlich ab.

Auf dem Bundesdelegiertentag vom 24. bis 26. Oktober 1991 nennt sich der bgv in Deutsche Polizeiunion (DPU) um. Sein Ziel ist die Bildung einer Dachorganisation mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), dem Bund Deutscher Kriminalbeamten (BDK), unter anderem innerhalb des dbb.

Im Gebiet der ehemaligen DDR beteiligt sich der DPoIG-Fachverband Bundespolizei aus organisatorischen Gründen in den Jahren 1989 bis 1992 noch nicht an der Organisation von Mitgliedern. Der Aufbau eines Bezirksverbandes Ost findet seine Keimzelle in der Einsatzabteilung in Neustrelitz. Auch hier überzeugt das gemeinsame Auftreten in der DPoIG und die Untergliederung entwickelt sich schnell zu einem der starken Bezirksverbände in den



> Bundeshauptvorstand 2015

Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin/Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

Im Vorwege der ersten Reform des Bundesgrenzschutzes 1992, setzt sich der DPoIG-Fachverband Bundespolizei dann aktiv und erfolgreich für die Übernahme der Aufgaben der Bahnpolizei ein. Beschäftigten der ehemaligen Bahnpolizei und des Fahndungsdienstes entscheiden sich zu großen Teilen zu einem Übergang von der Deutschen Bahn zum Bundesgrenzschutz. Gewerkschaftspolitisch steht für die Beschäftigten der Bahnpolizei auch die Entscheidung zum Wechsel der Gewerkschaft innerhalb des dbb an. Alle vertretenen Gewerkschaften bekommen die Gelegenheit, sich dem Bundesvorstand des Fachbereichs Bahnpolizei in der GDBA vorzustellen. Im Ergebnis empfiehlt die GDBA den Übergang ihrer Mitglieder in den DPoIG-Fachverband Bundespolizei. Die Jahre 1992 und 1993 haben ihren Schwerpunkt in der bundesweiten Organisation von Kollegen der Bahnpolizei. Die bereits vorhandenen DPoIG-Bezirksverbände erhalten so eine deutliche Stabilität. Dienstliche Regionen wie Hamburg, Berlin, Nürnberg, München, Stuttgart, Trier und Düsseldorf entwickeln sich zu Hochburgen des Fachverbandes.

1995 kehrt der bgv wieder zu seinem ursprünglichen Namen zurück. Als „Deutsche Polizei-Union“ hat er nur einige wenige Jahre existiert. Man hatte versucht, innerhalb des dbb eine Gewerkschaft für alle Sicherheitsbehörden zu bilden, was letztlich scheiterte. Nachfolgende Verschmelzungsgespräche mit der DPoIG scheitern ebenfalls, da der bgv seine Selbstständigkeit hätte aufgeben müssen.

Am 1. Juli 2005 wird der BGS per Gesetz in „Bundespolizei“ umbenannt.

Der DPoIG-Fachverband Bundespolizei, trägt bereits seit seiner Gründung den Namen „Bundespolizei“. Die Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei gehört zum Gewerkschaftsprogramm, genauso, wie polizei-



> Aktueller Bundesvorstand mit Heiko Teggatz an der Spitze

lich blaue Uniformen und Fahrzeuge.

Der Bundesgrenzschutzverband benennt sich bereits am 1. März 2005 in „Bundespolizeigewerkschaft – Verbund Innere Sicherheit“ (bgv) um. Er besteht aus fünf Regionalverbänden und hat circa 9 000 Mitglieder.

Nach einem Scheitern eines Zusammenschlusses im Jahr 1995 geben entschlossene Vorstandsmitglieder von DPoIG-Fachverband Bundespolizei und bgv nicht auf. Auf höchster Ebene der Personalvertretungen, also im Hauptpersonalrat und im Bezirkspersonalrat, bilden beide Organisationen über drei Legislaturen eine gemeinsame Liste und führen gemeinsame Fraktionen.

Am 20. Februar 2011 beginnen die konkreten Planungen zur Verschmelzung des bgv mit dem Fachverband Bundespolizei der DPoIG.

Auf getrennten Kongressen Anfang Oktober 2011 fassen beide Gewerkschaften entsprechende Beschlüsse zur Verschmelzung der Bundespolizeigewerkschaft mit dem Fachverband Bundespolizei der DPoIG unter dem Dach des „dbb Beamtenbund und tariffunion“. Damit soll eine neue Kraft mit neuer gemeinsamer

Stärke unter einem neuen Namen für alle Bediensteten der Bundespolizei geschaffen werden. Die neue Gewerkschaft trägt den Namen „DPoIG Bundespolizeigewerkschaft“. Im Anschluss an die beiden getrennten Kongresse wird auf dem ersten gemeinsamen Kongress, dem Bundesdelegiertentag, am 6. Oktober 2011 die neue Satzung der



> „Hans-Joachim Zastrow mit Rüdiger Redwisch“

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft beschlossen. Damit treten die Satzungen des bgv und der DPoIG, Fachverband BuPol, außer Kraft. Zum ersten Vorsitzenden wird Ernst G. Walter vom ehemaligen bgv gewählt. Zweiter Vorsitzender wird Hans-Joachim Zastrow, der bisherige Vorsitzende im Fachverband BuPol der DPoIG. Die Mitgliederzahl des neuen Verbandes ist mit 10 000 Mitgliedern groß, was einem Viertel aller Beschäftigten in der Bundespolizei entspricht.

In den letzten zehn Jahren konnte durch die Arbeit der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft unter anderem die jährlichen Stellenkürzungen um 1,5 Prozent abgeschafft und ein Personalaufbau statt Abbau vorangetrieben werden. Dies wurde durch die Durchsetzung höherer Einstellungszahlen befeuert. So wurden 2011 noch rund 450 neue Kolleginnen und Kollegen eingestellt. Inzwischen sind für 2021 über 3 500 Einstellungen für die Laufbahnen des mittleren und gehobenen Polizei-



vollzugsdienstes geplant. Dieser immense Personalaufbau und die Herausforderung der professionellen Ausbildung ist nicht ohne die Schaffung weiterer Aus- und Fortbildungszentren möglich. Während 2011 noch fünf Standorte ausreichend waren, freuen wir uns in diesem Jahr auf die Inbetriebnahme der Standorte neun in Rothenburg und zehn in Bielefeld. Die Aufhebung der Haushaltssperre 2014 und die Nachbesserungen im Bundeshaushalt 2015 sind ein ganz elementarer Verdienst der gewerkschaftlichen Arbeit. Diese Arbeit beschäftigt die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft jedes Jahr und erfordert viele Gespräche mit

politischen Entscheidungsträgern.

Maßgeblich ist die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft an der Einführung eines beruflichen Gesundheitsmanagements beteiligt und sorgt für eine stetige Erweiterung von flexiblen Arbeitszeiten.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ist der erste Ansprechpartner von Politik und Behörden, wenn es um bundespolizeiliche Themen geht. Durch eine qualitativ hochwertige Medienpräsenz ist sie auch Ansprechpartner von Funk und Fernsehen sowie allen anderen Nachricht Portalen.



Bezirksverband Bundesbereitschaftspolizei Nach fast 20 Jahren endete am 30. Juli 2021 der Pachtvertrag mit unserer Kantinenpächterin Viola Gottlieb

Man sollte sich viel öfter Zeit nehmen, um „Danke“ zu sagen ...

Der OV Duderstadt (Doreen Kukuk) ließ es sich nicht nehmen, ihr ein kleines Präsent

zum Abschied zu überreichen und damit Danke zu sagen für die schöne gemeinsame Zeit. In den vergangenen Jahren versorgte uns Viola und ihr Team immer bestens bei all unseren DPoIG-Veranstaltungen. Ihre tollen Büffets werden in Erinnerung bleiben.

Kantinenpächter gefunden wird.

Doreen Kukuk, OV Duderstadt



Wir werden dich und dein Team vermissen! Bleibt gesund und alles Liebe und Gute für die Zukunft.

Zurzeit läuft die neue Ausschreibung der Kantine und wir hoffen, dass zum 1. Oktober 2021 wieder eine neue Kantinepächterin oder ein neuer

> Gedenktafel

Im Juni und Juli verstarben unsere Mitglieder

Frank Simon	* 16.06.1963	† 14.06.2021	OV Rosenheim
Dirk Ketels	* 08.09.1970	† 28.06.2021	BAG Köln
Ekkhard Otto	* 21.10.1954	† 05.07.2021	Sen. NI/HH/HB
Klaus Wenzlokot	* 05.12.1962	† 18.07.2021	OV Berggießhübel
Patrick Goldmann	* 17.06.1989	† 14.07.2021	OV FH FFM

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.